15ter Jahrgang. 3tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dinstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 21 Sgr. 3 Pf. vierteljährlich.
Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 53. Sonnabend, den 8. Juli. 1848.

Politische Rundschau.

Berlin, vom 3. Juli. Hier setzt man die Verhaftsübungen noch fort, weil sich mehrere Leute „unehrerbietiger Weise" gegen den Prinzen von Preußen geäußert haben. — Die Arbeiter an der Ostbahn, lauter Junggesellen, läßt man nicht in die nahgränzenden Dörfer, aber bewachen läßt man sie von Kavallerie und Infantrie. Solche Ehre bekommt nicht jeder Arbeiter. Der v. Blankenburg hat die Ehre, Berliner Bürgergeneral zu werden, ausgeschlagen, weil, wie er sagt, „er die Unruhstifter hasse." Ob die Russenfreunde diesen Herrn nicht auch auf die „Aechtungsliste für die Kosaken" schreiben werden? — Ich schlage ihn vor und denke, man wird meinen Vorschlag annehmen: denn die Rissiaken sind ja blind. — — Die Berliner Kriegsreservisten haben in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, der Marsch-Ordre nicht eher Folge zu leisten, als bis ihre Vereidigung auf die Verfassung bewirkt sei. Na, die armen Teufel, die werden von den Potsdamer Offizieren gewiß lebendig gefressen werden! Diese Herren sagen gradezu, man ziehe jene nur ein, um sie den giftigen demokratischen Einflüssen zu entziehen. Uebrigens sei Berlin voller **Canaille** (— sind die Herren fränk'sch oder ruß'sch, —) man könne nichts Besseres thun, als darunter schießen. Laßt Euch doch beim „Kartätscher" in Neapel engagiren, der schickt ja ohnedieß die Schweizer fort! Eine solche Garde, wie ihr, braucht doch der preußische König nicht.

Mit dem neuen Justizminister will's nicht recht vorwärts, und der Schreckenstein — ich dächte, Kriegsminister „war" er — geht wieder nach Ehrenbreitenstein zurück. Ob den Herren der Rheinwein zu Berlin nicht so gut schmeckt, wie da draußen? Kann sein; mancher Brunnen verliert auch, wenn er verschickt wird.

In Berlin hat's krawallert, und zwar wegen der Roulettische. Soldaten haben sich hier mit Bürgern geschlagen, wie zu Breslau. Desgleichen war ein Weiberkrawall, und man hat die famosesten Schönheiten in's Loch gesteckt.

Von der russischen Gränze wird gesagt: viele Russen kommen herüber; doch haben sie keine Knuten mitgebracht, sie wollen vielmehr denselben entgehen. Daß preuß. Trompeter da drüben recht tüchtig gezecht hätten, soll nicht wahr sein, es wird widerrufen; daß aber die preuß. Lieutenants dort nicht sollten gezecht haben, davon hört man noch nichts. — Mit den „Lagerabstechungsübungen" hört's da drüben auch noch nicht auf. Rußland hat wohl lange Frieden gehabt, weil ihm das Lagerabstechen so ganz entfallen ist.

Unsere National-Versammlung ist gegenwärtig nur in den Abtheilungen sehr fleißig; im Chor will's ihr dagegen gar nicht gelingen. — Zu Frankfurt hat sich der Zitz mit dem Lichnowsky gezankt, von wegen der Aufnahme des Heckers in die Versammlung. Lichnowsky meinte, der Letztere wäre ein Hochverräther, und Zitz meinte: nein! sondern das Volk ist souverain und er hat gegen Fürsten gekämpft, und einem Fürsten Lichnowsky stehe darüber kein Urtheil zu. (Hurrah auf der Gallerie, es lebe Hecker!) Wer hat nun recht? König Friedrich Wilhelm I. würde sagen: Der Kerl hat recht, und der Kerl auch recht. — Abends brachte man dort den Mitgliedern der Linken und besonders dem Kapp einen Fackelzug mit Sang und Klang, weil sie nicht Theil an der Wahl des Unverantwortlichen (Reichsverwesers) genommen haben. Die Linke that's um deßwillen nicht, weil sie meinte, daß unter dem „unverantwortlichen" Reichsverweser das Reich verwesen würde. Zu dem Ende hat sie eine Proklamation

„An das deutsche Volk"

erlassen. Dieselbe lautet also:

Die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung haben gegen die Annahme des Gesetzes über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland gestimmt. —

Wir glauben es uns, unsern Wählern und dem gesammten deutschen Volke schuldig zu sein, die Gründe anzugeben, welche uns zu diesem Schritte bewogen haben, in einem Augenblicke, wo das ganze Vaterland mit ängstlicher Spannung der Gründung einer solchen Gewalt entgegensieht.

Auch wir wollten eine Centralgewalt; aber wir wollten, daß sie verantwortlich für ihre Maßregeln sei, daß sie die Beschlüsse der National-Versammlung zu vollziehen habe; wir wollten, daß an der Spitze dieser Gewalt ein unter dem Gesetze stehender Staatsbürger gestellt werde.

Keine diese Forderungen erfüllt das heute mit Stimmenmehrheit angenommene Gesetz.

Die Verpflichtung der Centralgewalt, die Beschlüsse der National-Versammlung zu verkündigen und zu vollziehen, ist nicht anerkannt worden, und an der Spitze derselben soll ein unverantwortlicher Reichsverweser stehen.

Eine solche Gewalt ist unumschränkt; sie kann, wenn sie will, die Freiheit vernichten, für welche wir eine Bürgschaft wollten. Eine Einrichtung, welche der Arm der Freiheit werden sollte, kann ein Bollwerk der Tyrannei werden.

Wir konnten zur Errichtung einer solchen Centralgewalt die Hand nicht bieten; treu unserer Ueberzeugung konnten wir nicht stimmen für einen provisorischen Kaiser, der dem Volke nicht verantwortlich ist.

Frankfurt, a. M., den 28. Juni 1848.
W. Jordan. J. Joppe. C. Vogt. C. Spatz. Martiny aus Friedland. Zimmermann aus Stuttgard. L. Simon aus Trier. Bergen aus Wien. Franz Schmidt aus Schlesien. W. Sachs aus Mannheim. Grubert aus Breslau. L. Hentges. Gritzner. Zitz. Titus. Richter aus Achern. Heldmann aus Hessen. Künzer aus Constanz.

Schlöffel. Reh von Offenburg. Thieme aus Hirschberg. Rühl von Hanau. Dewes. Mar Simon aus Breslau. Carl Mez aus Baden. Moritz Hartmann. A. Wiesner. Reinstein. Reinhard. Günther. A. Rösler von Oels. Hofbauer aus Nordhausen. Hagen aus Heidelberg. Dietsch aus Annaberg. Pfahler aus Würtemberg. Junghans aus Mosbach. Zimmermann für den Luckauer Wahlbezirk. Schuler aus Jena. Meyer aus Liegnitz. Wesendonck aus Düsseldorf. Nauwerk aus Berlin. Robert Blum aus Leipzig. Minkus aus Marienfeld. Arnold Ruge. Fr. Wigardt. Reichard aus Speier. Ad. Kolaczek. Bogen. Schmidt aus Sachsen. Itzstein. Brunck.

Die Sachsen sind wüthig, daß man ihnen das „Zweikammersystem" nicht hinter den Rechen stellen will. Sie meinen, wenn's nicht dahin kommt, so wird's nicht praktisch.

Zu Ulm (in Baiern liegt diese Stadt) hat auch das Militair vor überfließender Courage in die Bürger hineingeschlagen, und zwar in friedliche. Hol' es der Teufel! denn dazu haben ihm die Bürger gewiß keine Säbel gekauft.

Die Wiener politischen Doktors können immer noch nicht die Symptome der Prager Krankheit recht erkennen. Ihr Herren, setzt euch zwei Brillen auf! Ich dächte, sie wollen frei werden und nicht deutsch, so wie die echten Deutschen nicht „frankfurtisch=kaiserlich."

Ein englisches Blatt, der „Londoner Telegraph," sagt den Franzosen, daß ihr letzter Sieg ein ungerechter sei, sie hätten damit den Arbeitern groß Unrecht gethan. Kann sein! aber lieber Telegraph, steck' doch einmal die Nase in dein eigenes Töpfchen!

Dem heldenmüthig gefallenen Erzbischof von Paris wird man ein Denkmal setzen.

Zu Erdmannsdorf (das Dorf liegt in Schlesien) haben sich die dasselbe schützen sollenden Ulanen ganz überflüssig gemacht. Man hat ihnen gesagt, sie möchten sich lieber an die russische Gränze ziehen. Da wär' ihr Platz.

Gegen gewisse allerhöchste und allerunterthänigste Redensarten.

Eine aufrichtige und wahre Verfassung ist dem Volke versprochen. Wir wollen hoffen, daß das Versprechen nicht gebrochen werde. Wir wollen aber auch das Unsre dazu thun, daß die Verfassung mit allen darauf sich beziehenden Erlassen, Verordnungen und Adressen wirklich eine aufrichtige und wahre werde, daß Wahrheit auch im Kleinen, auch in den Anreden, Titulaturen u. s. w. zur vollen Geltung gelange. Wir hoffen durch die glorreichen Februar= und Märztage für immer von den Redensarten des alten Regiments, — Allergnädigst — Allerunterthänigst — Geruhen — Wir &c. &c. von Gottes Gnaden — erlöst und befreit zu sein. Aber siehe da! diese alten Zöpfe kommen in den Erlassen und Adressen allmählich wieder zum Vorschein und machen sich in manchen Zeitungen ganz entsetzlich lang und breit. Unter der unumschränkten Alleinherrschaft der Fürsten (absolute Monarchie), unter der wir lange geseufzt haben, da hatten diese Ausdrücke ein gewisses Recht und einen Sinn, obwohl die überwiegende Mehrzahl der zeitungslesenden Menschen immer im Stillen darüber sich lustig machte. Jetzt aber, wo der Volkswille der Herrscher und Gesetzgeber ist, jetzt, wo wir den König als ersten Staatsbürger, als ersten Diener des Staats zu verstehen haben, jetzt haben solche Redensarten, wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, gar keine Bedeutung und kein Recht mehr, irgend wo gebraucht zu werden. Ja! der längere Gebrauch dieser unwürdigen, unchristlichen und erniedrigenden Beziehungen kann für die Erhaltung der wahren Freiheit sogar gefährlich werden. Das alte System kann sich unter dem Gebiet dieser Phrase wieder einschleichen und fest nisten in schwachen, arglosen Gemüthern. Und ehe wir uns versehen, sind wir wieder unter dem alten, kaum abgeschüttelten Joche. Darum fort mit diesen alten Zöpfen; sie müssen ohne Gnade und Barmherzigkeit abgeschnitten werden. Die Zeitungen alle, die hinfort noch dergleichen Redensarten ihren Lesern auftischen, — wie es deren leider, namentlich in Preußen, noch viele giebt — die machen sich einer Sünde gegen die Freiheit, und gegen die Mündigkeit des Volkes schuldig.

Zuerst: die Anreden an die Könige und Fürsten müssen anders werden. Mit Freuden liest man einige wenige Adressen an das Staatsoberhaupt, die ganz schlicht und männlich beginnen mit: „Majestät!" — ein Wort, das nun einmal bis jetzt unvermeidlich ist und das wir uns als Erinnerung an die Würde und Hoheit des Volks und des Gesetzes, das der Fürst vertritt, auch wohl gefallen lassen. Aber ach! da sieht man immer noch, auch vor den freimüthigsten Petitionen, die unendlich langen, sklavisch kriechenden Zeilen:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!"

In einem „constitutionellen" Staate ist der Gebrauch solcher Schnörkeleien wahrhaft empörend. Von dem ganzen Haufen von Worten ist allein das Wort: König! stehn zu lassen, das Uebrige muß gestrichen werden, und giebt unter uns keinen Sinn mehr. Allerdurchlauchtigster! Nun ja, allenfalls könnte das noch eine erträgliche Anrede sein, es ist ein altes Wort für — Allererleuchtetster! Es wäre gut, wenn die Staatsoberhäupter wirklich immer recht erleuchtet, recht aufgeklärt wären. Es könnte sie diese Anrede daran mahnen sollen. — „Großmächtigster" dieses Wort ist in unseren jetzigen Zeiten eine Lüge. Ja, als wir noch einen unumschränkten Herrscher hatten, da war seine Macht groß. Jetzt, da er konstitutioneller König geworden, hat er nur noch einen Theil, fast nur noch einen Schatten von der alten Macht. Kein Erlaß aus seiner Feder hat Geltung, wenn ein Minister ihn nicht unterschreibt. Der König darf kein Gesetz erlassen, das nicht erst die Volksvertretung genehmigt hat. Wo ist da die große Macht?

Allergnädigster König und Herr!" Den lieben Gott nennt man nur „gnädig" warum soll der König als „allergnädigster" begrüßt werden? Ist der König mehr als Gott? Soll noch jetzt Gnadenwillkühr bei uns herrschen, oder Recht und Gesetz? Ist es nicht eine wahre Erniedrigung der heiligen Menschennatur, von der Gnade eines Menschen zu reden und seiner Gnade sich zu empfehlen? Und „Herr" ist nur Gott, der durch den Willen des selbstregierenden Volkes spricht. Kein Volk darf einen König seinen Herrn nennen, in sofern das Volk selbst herrschen, selbst Herr sein, souverain sein soll. Sodann sind hinfort wegzulassen die knechtischen Beiwörter „allerunterthänigst — huldreichst." — In einem constitutionellen Staate giebt es keine Unterthanen mehr, sondern nur freie, dem Gesetz in freier selbst bewußter Liebe gehorchende Staatsbürger. Und von Huld kann jetzt gar keine Rede mehr sein, ebenso wenig wie von Gnade. Das freisinnige Staatsministerium in Berlin schließt seinen Bericht über die Steuerfrage vom 3. April mit den Worten: „Bei Ew. Königlichen Majestät trägt das Staatsministerium allerunterthänigst darauf an: die vorstehend entwickelten Maaßregeln Allergnädigst genehmigen und die zu diesem Zweck im Entwurf beigefügte Verordnung huldreichst vollziehen zu wollen." Und darunter stehen die gefeierten Namen Camphausen und Hansemann! Konnten diese Männer angesichts der Berliner Barrikaden, angesichts der großen Errungenschaften des März solcher erbarmungswürdigen Redensarten sich bedienen?

Ferner muß das: „Allerhöchstselbst, Allerhöchst — Sie — geruhen" und die sonderbare Mehrzahl „des Königs Majestät haben geruht" — als lächerliches Spielzeug weggeschafft werden. Warum heißt es in den Erlassen nicht ganz einfach: der König hat den und den zum &c. &c. ernannt; oder der König hat auf Antrag des Ministers verordnet?

Endlich kommen wir zu dem „von Gottes Gnaden." Die sogenannte göttliche Einsetzung der Könige, das sogenannte göttliche Recht der Fürsten brachte den Gebrauch der Gottesgnadenredensart mit sich. Aber schon unter der absoluten Monarchie hat mancher sonst ganz fromme Mensch im Stillen gedacht: „ist nicht jeder Mensch von Gottes Gnade? Warum nennt sich denn der Fürst allein so, könnte nicht eben so gut jeder Bauer sich so nennen? Jetzt aber, wo wir eine aufrichtige und wahre Constitution erhalten sollen, hat jener Zusatz keinen Sinn mehr. Jeder Fürst in Deutschland ist jetzt nur Fürst nach dem Willen des Volkes."

Wenn man alle diese eben beurtheilten Ausdrücke fast in allen Zeitungen ihr Wesen treiben sieht, so wäre man beinahe geneigt zu glauben, die alte Staatswirthschaft wäre noch im vollen Gange! Es ist eine wahre Schande für die deutsche, besonders für die preußische Presse, daß sie diesen alten Styl von **Anno I.** noch nicht abgeschafft hat. O meint nicht, es seien ja blos Redensarten, leere Formeln, sie könnte man ja wohl noch lassen, gleich wie den Kindern ein Spielzeug oder Steckenpferd gelassen wird! Nein, nein, diese Formeln sind gefährlich, sie können uns ganz sachte wieder in den allerunterthänigsten Schlaf einlullen, sie können lauter Hinterpförtchen bilden, zu welchen sich die durch die Hausthür hinausge=

triebene Tyrannei wieder einschleichen kann. Soll es einmal mit der Freiheit des Volkes Ernst werden, so muß auch im Kleinen die Hand angelegt werden! darum fort mit dem „allergnädigsten Herrn" fort mit den „alleruntertänigst ersterbenden Unterthanen," und mit allem ähnlichen Gerede! —

(Das Volk. Ein politisches Wochenblatt.)

(Schluß des Berliner Schreibens.)

Der an demselben Tage mit 188 gegen 142 Stimmen gefaßte, u. schon früher erwähnte Beschluß, wodurch eine Commission zur Ausarbeitung eines Verfassungs-Entwurfs bestimmt ward, liefert zugleich den Beweis, daß die Versammlung gesonnen ist zur selbstständigen Thätigkeit überzugehen.

Die Ansicht über den Grundsatz der Volks-Souveränetät wird nun auch für beide Parteien maßgebend werden bei Beurtheilung der Grundrechte und einzelnen Bestimmungen der neuzugebenden Verfassung. Die Durchführung der möglichsten Selbstständigkeit des Volkes von der Gemeinde bis in die National-Versammlung hinauf, wird dabei besonders die Aufgabe der Linken sein; sie wird neben der gleichen Berechtigung Aller als Staatsbürger auch für die Anerkennung der gleichen Berechtigung als Menschen und für die Ergreifung von Maßregeln Sorge tragen müssen, welche Allen die Gelegenheit zur Bildung, zu einer ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Arbeit und somit zur Sicherstellung des angemessenen Lebensunterhaltes möglichst darbieten.

Zwischen den beiden genannten Parteien liegen noch mehrere in der Mitte. Es umfassen diese entweder solche Mitglieder, welche gar keine Ansicht haben, oder solche, welche grundsätzlich sich zu den Ansichten der Rechten oder Linken bekennen, aber in der Ausführung davon abweichen, und in Bezug auf den letzteren Punkt sich mehr oder weniger der anderen Partei anschließen. Dies sind die Parteien, die man als das rechte und linke Centrum bezeichnet.

In den letzten Tagen hat ein Ereigniß eigener Art die Thätigkeit der National-Versammluug unterbrochen. Das bisher bestandene Staats-Ministerium ist nämlich abgetreten, da der Minister-Präsident Camphausen erklärte, daß es ihm unmöglich sei, die durch den Austritt der Minister des Auswärtigen, der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, so wie des Krieges, v. Arnim, v. Schwerin und v. Kanitz, entstandenen Lücken vollständig zu ergänzen, indem nur Roth v. Schreckenstein als Kriegsminister und v. Schleinitz als Minister der auswärtigen Angelegenheiten eingetreten seien. Sämmtliche Minister, einschließlich der beiden neu eingetretenen, fügten dieser Erklärung hinzu, daß sie sich von nun an nur als provisorisch betrachten könnten und nur zur Erledigung der laufenden Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums im Amt blieben. Bis zu diesem Zeitpunkte erbaten sie sich von der Versammlung eine Vertagung derselben. In Folge dessen ward eine Vertagung bis zum 26. d. Mts. beschlossen, obgleich von der Linken dringend darauf aufmerksam gemacht worden war, wie gefährlich unter den obwaltenden Schwierigkeiten in Bezug auf die äußeren und inneren Verhältnisse des Landes eine solche Vertagung sei. Die Linke hat dadurch, daß sie gegen diesen Beschluß stimmte, die Verantwortlichkeit für die dadurch aufs neue entstandene Verzögerung der Verhandlungen gänzlich von sich abgewiesen. Die Ursache des Rücktrittes des Staatsministeriums, liegt wohl hauptsächlich in der von seiner Seite gewonnenen Ueberzeugung, daß seine Stellung innerhalb und außerhalb der National-Versammlung immer unmöglicher werde. Es mag gefühlt haben, daß der vielfach gemachte Vorwurf der Unthätigkeit in einer so wichtigen drängenden Zeit gerechtfertigt war. Dieser Vorwurf ist um so gegründeter, als dem Staatsministerium, nach der Erklärung seines Präsidenten Camphausen vom 14. d. Mts., die verschiedenen Wege vollständig bewußt waren, die es zur Beruhigung des Landes hätte gehen können. Die auswärtigen Verhältnisse, namentlich die Beziehungen zu Rußland, mögen ebenfalls mit zu den Gründen des Rücktrittes des Staats-Ministerium gehören. Bei dem gänzlichen Mangel aller Oeffentlichkeit über diese Angelegenheit läßt sich kein bestimmtes Urtheil darüber fällen, bloße Muthmaßungen können aber nicht Gegenstand dieses Berichts sein.

Viele Mitglieder der Versammlung sind der Ueberzeugung, daß die Berathung über die Verfassung mit der Beseitigung der Vorrechte und Lasten einzelner Stände und mit Feststellung der Gemeinde beginnen und von da stufenweise in die weiteren Kreise des Staates hinaufsteigen müsse, da nur darin die Grundlage einer vernünftigen Staatsverfassung gesucht werden könne. Sie sind deshalb übereingekommen, einen Entwurf zu einer auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung beruhenden Gemeinde-Verfassung, mit dessen Ausarbeitung mehrere beschäftigt sind, binnen Kurzem der National-Versammlung vorzulegen. Von mehren gleichgesinnten Freunden ist der Beschluß gefaßt, Berichte wie der gegenwärtige, zur größeren Sicherstellung für die Richtigkeit derselben gemeinschaftlich von Zeit zu Zeit abfassen und in mehren Exemplaren in die Bezirke, mit deren Vertrauen sie beehrt worden, zu versenden. Es werden mithin solche Berichte sich in bestimmten Zwischenräumen und namentlich so oft es dringende Verhältnisse erheischen, folgen.

Mätze.

Entgegnung.

Die vorige Nummer des Wochenblatts enthält unter der Ueberschrift: Zur Vereins-Geschichte das Referat eines Herrn Z.

Er bemerkt: daß in der Sitzung vom 25. Mai die übersehene Absendung der Gegenerklärungen des Vereins für die Zeitungen nicht zur Sprache gekommen sei, — daß er der Sitzung selbst beigewohnt, und nichts davon gehört, — daß in dem Protokolle nichts enthalten sei, — ich also zu einem Auszuge aus einer öffentlichen Urkunde einen willkührlichen Zusatz gemacht habe. — Der betreffende Referent verwahrt sich ferner dagegen, daß die Absendung der Gegenerklärungen von ihm übersehen sei, und überweist die Ehre dem Antragsteller und dem damaligen Vorsitzenden. Durch eine Bemerkung soll ich den Standpunkt des Vereins willkührlich verrückt und dabei meine Mitgliedschaft vor einem Theile des Publikums entschuldigt haben, dem ich nicht gern als Demokrat gelten möchte. —

Daß die unterbliebene Absendung der Gegenerklärungen in der Sitzung vom 25. Mai zur Sprache gekommen, ist richtig, wenn ich zu meinem Bedauern auch nur den Beweis dadurch führen kann, daß ich dem Herrn Dr. Zeissing (Sie wollen mir gestatten Ihren Namen zu nennen) wenn Sie es sonst wünschen, Mitglieder der damaligen Versammlung namhaft mache, welche von der Sachlage Kenntniß genommen haben. So unerheblich dieser Beweis jetzt bleibt, so wenig wird Herr Dr. Zeissing im Stande sein, den Beweis zu führen, daß er bei dieser Sitzung anwesend gewesen ist.

Nicht bloße Protokollauszüge sind meine Mittheilungen im Wochenblatte. Ich müßte hierzu vom Vereine autorisirt sein. Ich bin von der Redaktion des Wochenblattes ersucht worden über die Vereinsangelegenheiten zu berichten und thue dies mit öfterer Benutzung der Vereinsakten.

Jede Berichtigung nehme ich dankbar an, namentlich wenn dies mit Vermeidung aller Invectiven geschieht.

Das Protokoll enthält allerdings nichts davon. Der betreffende Schriftführer hat eine beiläufige Anfrage aufzunehmen nicht nöthig befunden, oder übersehen.

Oeffentliche Urkunden sind die Vereins-Protokolle nicht.

Der Verein hat die Gegen-Erklärungen abfassen und sich vorlegen lassen. Eine Bestimmung, auf welche Weise die Absendung geschehen soll, ist nur erfolgt, daß der Herr Referent, vereint mit dem Antragsteller, die Weiterbeförderung übernommen hat. Der Letztere hat mir heut versichert, daß der Herr Referent die Sache wirklich hat liegen lassen, ja, daß sie sich noch heut in seinen Händen befinde.

So sehr ich mich davon frei weiß, den Standpunkt des Vereins willkürlich verrückt zu haben, so sehr bitte ich Herrn Dr. Zeissing, sich aus den Akten zu überzeugen, daß die politischen Fragen der Gegenwart nicht **Hauptgegenstand** der Berathungen im Vereine gewesen sind.

Die Schlußbemerkung übergehe ich. Welchen Vortheil mir meine Mitgliedschaft gebracht, weiß ich der tadelnden Bemerkung des Herrn Dr. Zeissing gegenüber besser.

Wenn Herr Dr. Zeissing den aufrichtigen Wunsch hat, das Interesse des Vereins kräftigst zu fördern und Uebergriffe zu verhüten, so wird er sich demselben dankbar verpflichten. Ob Herr Dr. Zeissing in den vorliegenden beiden Fällen den Anfang damit gemacht, überlasse ich dem Urtheil Anderer.

Für meine Person bitte ich blos: derartige Berichtigungen nicht erst nach Verlauf von 3 Wochen anbringen zu wollen.

J. Schwenk.

Kirchlicher Anzeiger



für die Städte Oels, Bernstadt und Juliusburg, so wie für deren eingepfarrte und benachbarte Dörfer.

Oels (Evangelische Kirche).

Am 3. Sonntage nach Trinitatis predigen:

In der Schloß- und Pfarrkirche:

Früh-Predigt: Herr Archidiak. Schunke.
Amts-Predigt: Herr Superintend. und Hofpred. Seeliger.
Nachm.-Pred.: Herr Propst Thielmann.

Wochen-Predigt:

Donnerstag, den 13. Juli, Vormittags 8½ Uhr, Herr Candidat Finster in Groß-Weigelsdorf.

Geburten.

Den 18. Juni die Bürgers- und Schuhmachermeistersfrau Kritschker, geb. Hahn, eine Tochter, Emma Julie Pauline.

Den 23. Juni die Bürgers- und Kräutersfrau Saite, geb. Schieweck, einen Sohn, Paul Julius Emil.

Den 29. Juni die Einwohnersfrau Schmalisch, geb. Hiller, eine Tochter, Karoline Christiane Elisabeth.

Heirathen.

Den 3. Juli der Einwohner Hellmich, mit Jungfrau Melde in Schmarse.

Den 4. Juli der Seiler-Mittels-Meister Herr Arnold, mit Jungfrau Becker.

Todesfälle.

Den 28. Juni des Landbriefträgers Mücke einzige Tochter, Bertha Mathilde Natalie, an Lungenschwindsucht, alt 8 Jahre 1 M. 10 T.

Bei dem in der Nacht vom 29. zum 30. Juni entstandenen Feuer in Rathe, verbrannte der älteste Sohn des Freibauerguts-Auszüger Zappe, Karl Gottfried, alt 43 Jahre.

Den 3. Juli der Sohn des Tagearbeiters Eckert in Schwierse, an Schwäche, alt 10 St.

Den 3. Juli die verw. Tuchmacher Hahn, geb. Franck, aus Rawicz, an Alterschwäche, alt 75 Jahre.

Den 4. Juli die Kräutersfrau Günther, geb. Kienast, an Auszehrung, alt 36 J. 1 M.

Den 5. Juli des Dreschgärtners Bierbaum in Ludwigsdorf jüngster Sohn, Johann Friedrich, an Schwäche, alt 12 Tage.

Den 5. Juli des Knechts Hillmann in Schwierse jüngster Sohn, Karl Gottlieb, an Krampf, alt 2 Monate 3 Tage.

Den 5. Juli der Amme Schubert in Schmarse unehel. Sohn, Adolph Robert, an Krampf, alt 8 Monate 14 Tage.

Aus Raake.

Geburten.

Den 22. April die Fleischermeistersfrau Schwarz, eine Tochter, Ottilie Emma Auguste.

Den 5. Mai die Hirte- und Wächtersfrau Susanna Brauer, geb. Kauschwitz, in Neuhoff, einen Sohn, Johann Ernst.

Den 12. Mai die Freigärtnersfrau Anne Rosine Hilbig, geb. Gasde, in Pischkawe, eine Tochter, Johanne Christiane.

Den 23. Mai die Freigärtnersfrau Johanne Elisabeth Fronsky, geb. Tielsch, eine Tochter, Johanne Karoline.

Den 26. Mai die Mühlenbauersfrau Amalie Friederike Clementine Wagenknecht, geb. Knopf, eine Tochter, Johanne Louise Bertha.

Todesfälle.

Den 10. Mai die Jgfr. Anne Rosine Hiller in Pühlau, an Fieber, alt 17 Jahre.

Den 16. Mai des Hirte und Wächters Ernst Breuer in Neuhoff einziger Sohn, Johann Ernst, an Krämpfen, alt 11 Tage.

Den 21. Mai des Freierbsaß, Huf- und Waffenschmiedemeisters Joh. Gottl. Hoffmann in Pischkawe, jüngster Sohn, Joh. Karl Wilhelm, an Krämpfen, alt 11 Wochen 2 Tage.

Den 23. Mai des Freigärtners Christian Fronsky in Pühlau jüngste Tochter, Johanne Karoline, alt 8 Stunden.

Den 10. Juni des Inwohners und Webers Gottfried Jäschke älteste Tochter, Anne Rosine, am Faulfieber, alt 4 Jahre 10 Monate 4 Tage.

Aus Döberle.

Geburten.

Den 10. Juni die Schneiders- und Freigärtnersfrau Elisabeth Mücke, geb. Ezechiel, aus Gutwohne, eine Tochter, Johanna Christiane.

Den 10. Juni die Freigärtnersfrau Christiane Doberschütz, geb. Bartscht, aus Gutwohne, eine Tochter, Johanna Auguste.

Den 12. Juni die Freigutsbesitzersfrau Pauline Hellmich, geb. Grünig, aus Jenkwitz, eine Tochter, Anna Henriette.

Den 16. Juni die Freigärtnersfrau Christiane Bache, geb. Damratzke, einen Sohn, Friedrich August Julius.

Den 23. Juni die unverehel. Johanna Jonitz aus Gutwohne, einen Sohn, Karl Ernst.

Den 23. Juni die Freigärtnersfrau Helena Glaser, geb. Büttner, aus Gutwohne, eine Tochter, Johanna Christiane Auguste.

Den 29. Juni die Freigärtnersfrau Christiane Hoffmann, geb. Bräuer, aus Gutwohne, einen Sohn, Karl Robert Paul.

Heirathen.

Den 18. Juni der Dienstknecht Gottlieb Labitzke aus Stampen, mit der Magd Johanna Dorothea Pätzold aus Gutwohne.

Den 27. Juni der Freibauer Christian Schneider aus Netsche, mit der verw. Louise Konschack, geb. Aßmann.

Todesfälle.

Den 1. Juni des Knechts Ernst Schütze zu Gutwohne, jüngster Sohn, Karl Wilhelm, am Keuchhusten, alt 6 Wochen.

Den 7. Juni die Freistell-Auszügerin Elisabeth Wiesner, geb. Knappe, zu Gutwohne, an einer Brustkrankheit, alt 75 Jahre 4 M. 25 T.

Den 18. Juni der Dreschgärtner Gottlieb Hubrich, an einem äußern Krebsschaden, alt 42 Jahre 1 Monat 27 Tage.

Danksagung.

Durch das am 29. Juni c., Nachts halb 11 Uhr, in Rathe ausgebrochene große Feuer, sind Kindern mehrer Familien fast alle Schulbücher und Kleider mit verbrannt. Für diese Verunglückten sind von der ersten Mädchen-Klasse der Elementar-Schule in Oels, Kleider, Bücher, Schreibmaterialien und auch 15 Sgr. Geld gesammelt und zur Vertheilung mir übergeben worden. Die von mir in Empfang genommenen Gaben der Liebe, habe ich nun an die verunglückten Schulkinder vertheilt, und statten dieselben dafür den freundlichen Gebern und auch deren Lehrer, Herrn Körber, dessen Fürsprache so segensreich gewirkt hat, durch mich den innigsten und tiefgefühltesten Dank hiermit ab.

Rathe, den 5. Juli 1848.

Schubert, Lehrer.

Zur Besprechung und Abstimmung über innere und äußere Angelegenheiten der Schule, werden sämmtliche Herren Lehrer des Kreises hierdurch freundlichst ersucht, künftigen Mittwoch, den 12. Juli, Mittags um 1 Uhr, in der 1sten Knabenklasse der evangelischen Elementarschule in Oels, zu einer Hauptversammlung erscheinen zu wollen.

Spenner, im Auftrage.

Druckfehler. In dem Aufsatze in Nro. 52. „Berichtigung" muß es Zeile 15 von oben statt Weltschule — Volksschule — heißen.